



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Z/XII/210 - 13. September 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 83
Fernschreiber 0886890

USA suchen Weg zur Entspannung	S. 1
Italienischer Staatsbesuch in Ebereszen	S. 3
Enttäuschte Renzner-Hoffnungen	S. 5
Ihr Leute, Ihr müsst fest daran glauben!	S. 7

"Langsam, aber wahrnehmbar umgebogen"

Seit dem Vorstoss des amerikanischen Senatsausschusses für Abrüstung in der vergangenen Woche in Richtung auf eine Veränderung der amerikanischen Europa-Politik wird immer klarer, dass eigentlich nur noch die Bundestagswahl die offizielle Aussenpolitik der USA davor zurückhält, den Hebel zur Überwindung der militärischen Blockpolitik in Europa anzusetzen. Die "Washington Post" schrieb gestern: "Die Politik des amerikanischen Aussenministeriums wird langsam, aber wahrnehmbar umgebogen, um die sich erweiternden Risse im sowjetischen Monolithen auszunutzen. Obgleich Moskau Brennpunkt der kommunistischen Welt bleibt, ist doch seine Macht in dieser Welt nicht mehr absolut. Den Satellitenstaaten bieten sich wachsende Möglichkeiten für eine wenigstens teilweise Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit und damit für bessere Beziehungen zum Westen".

Inzwischen ist bekannt geworden, dass beim amerikanischen Aussenministerium seit längerer Zeit bereits mehrere Pläne vorliegen, deren Inhalt die von der "Washington Post" angekündigte Änderung sehr konkret umreissen. Gleichzeitig wurde aber auch bekannt, dass besonders Aussenminister Dulles den Wunsch geäussert hat, diese Pläne nicht vor der Bundestagswahl offiziell bekannt zu geben, um Adenauers Wahlkampfposition nicht zu schwächen. Man sagt, dass mehr als ein Versuch von Bonn gemacht wurde, das Bekanntwerden dieser Pläne vor der Wahl

zu verändern...

Nun haben aber besonders die Ost-West-Probleme ihr eigenes Gewicht. Ihre Erörterung lässt sich nicht immer "terningerecht" verhindern. So wurde das amerikanische Außenministerium ohne Zweifel durch ein starkes Drängen der massgebenden Vertreter der US-Maschinen- und Gebrauchsgüterindustrie im Hinblick auf die Erweiterung des Osthandels und der Aufhebung des Embargos für China in eine neue Richtung gedrängt. Es ist der amerikanischen Industrie selbstverständlich auch nicht unbekannt geblieben, dass westeuropäische Industrielle - einschliesslich denen der Bundesrepublik - seit einiger Zeit sehr aktiv die sogenannten Satellitstaaten Moskaus für die Erschliessung neuer Absatzgebiete bearbeiten. Die amerikanische Industrie fürchtet nicht zu unrecht, dass eine Fortsetzung der Dulles-Linie der westeuropäischen Industrie die Vorherrschaft in Osten sichern würde. Die Franzosen und Engländer kümmern sich schon lange nicht mehr um den eisernen Vorhang, der militärisch immer noch den Westen vom Osten trennt. Sie haben in den letzten Monaten mit mehreren Ostblockländern starke wirtschaftliche Verbindungen angeknüpft.

Selbstverständlich versucht die offizielle amerikanische Aussenpolitik ihre zum Teil von sehr materiellen Interessen diktierte neue Linie auch politisch zu motivieren. Man sagt, dass die europäischen Satelliten Moskaus - besonders Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien - Westkontakte suchen, um sich von der Umklammerung Moskaus langsam lösen zu können. Auch das mag richtig sein.

Die offizielle Aussenpolitik der Bundesrepublik hinkt gewaltig hinter dieser Entwicklung her. Sie hat trotz zahlreicher Warnungen von Sachkennern im Bonner Auswärtigen Amt die alte Linie der amerikanischen Politik fortgesetzt. Die jüngst zustande gekommene Einheitsfront zwischen Warschau und Belgrad in der Frage der Oder-Eiesselinie hat blitzartig gezeigt, wie viele Gelegenheiten von Bonn während der letzten Monate verpasst wurden. Vor allem die Ablehnung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen hat gerade jetzt die Bundesrepublik in eine prekäre Situation gebracht.

Nach den Wahlen werden alle diese Dinge viel sichtbarer in Fluss kommen, als bisher. Es gibt einflussreiche amerikanische

Politiker, die gelegentlich die Hoffnung aussprechen, man werde die Ost-West-Kontakte auf der Grundlage des Status quo in Europa - das heißt auf der Grundlage der Spaltung Deutschlands - entwickeln können, wenn Adenauer am Ruder bleibt. Seine Vorlieben für rein "westliche Lösungen" ist in diesen Kreisen längst erkannt worden. Ebenso stark sind aber die politischen Kräfte in den Vereinigten Staaten, die die neue amerikanische Politik auf der Grundlage des wiedervereinigten Deutschlands einleiten wollen. Sie gruppieren sich um den Senator Humphrey, der sehr klar erkannt hat, dass die von ihm angestrebte Verbesserung der Ost-West-Beziehungen bei Beibehaltung der Spaltung Deutschlands und Europas die Beförderung des Friedens nur vorübergehend vermindern würde. Humphrey betrachtet die Spaltung Deutschlands und Europas als eine "Zeitbombe". Deswegen strebt er eine grundlegende Revision der amerikanischen Außenpolitik an, die durch die allgemeine Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses diese "Zeitbombe" entschärft soll.

Vom Wahlausgang in der Bundesrepublik wird es sehr stark abhängen, ob die hier dargestellten Tendenzen in der amerikanischen Politik bald zum Durchbruch kommen werden.

* * *

Die Weisheit des Herrn Jordan

ep - Nach Pasquell Jordan, ehemaliger Vorkämpfer des Dritten Reiches, jetzt Röntgenphysiker der Bundesregierung, ist ein Atomkrieg nur vom Osten zu erwarten. Weiss Jordan nicht, dass die ersten Atombomben über Städte von einer westlichen Macht abgeworfen wurden? Nach dem gleichen Mann, den unser Bundeskanzler unbedingt im Bundestag haben will, sei die Behauptung, die Radioaktivität der Versuchsbomben wäre schon eine Gefahr für die Menschheit, ein Teil der sowjetischen Propaganda. Sind nach seiner Meinung die 16 deutschen Atomphysiker (Göttinger Appell), die 2000 amerikanischen Atomwissenschaftler und Albert Schweitzer, weil sie ihre Stimme gegen den Wahnsinn der fortgesetzten Versuche mit nuklearen Waffen erhoben, nur Safer und Werkzeuge der kommunistischen Propaganda? Das hat der kürzlich verstorbene charmerante britische Lord Cherwell im britischen Oberhaus auch vom Papst gesagt...

Dass Jordan ein Weisheitsrat in seinem Fach ist, mag sogar zutreffen; dass er im Bereich des Politischen geistig zu den Feindeshehlern gehört, ist wohl unbestritten. Vielleicht genießt er gerade deshalb die Sympathien des Bundeskanzlers. . .

* * *

Aktivierung der italienischen Nahostpolitik

P.E. Rom, Mitte September

Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, dass die Reise, die den italienischen Staatspräsidenten Giovanni Gronchi in diesen Tagen nach der persischen Hauptstadt geführt hat, erheblich mehr gewesen ist als ein blosser Höflichkeitsakt. Man weiss ja, dass Gronchi seit langem eine aktivere Politik Italiens im Nahen Orient befürwortet, mit dem Ziel, eine friedliche Vermittlerrolle zwischen der Welt des Westens und der des Islams zu spielen. Es ist auch kein Geheimnis, dass diese aussenpolitischen Bestrebungen des Staatsoberhauptes nicht immer von den verantwortlichen Stellen des Aussenministeriums voll geteilt werden. Befürchtet man doch im Palazzo Chigi, eine verstärkte Aktivität Italiens im nahöstlichen Raum könnte von den mit Italien verbündeten Grossmächten mit Misstrauen angesehen und als Tendenz zum "Neutralismus" aufgefasst werden.

Italien hat als Folge des zweiten Weltkrieges seinen gesamten Kolonialbesitz eingebüsst. Es stellt daher heute die einzige grosse Mittelmeer-macht des Westblocks dar, die in den Augen der islamitischen Nationalisten nicht des Kolonialismus verdächtig ist. Auf der anderen Seite hat sich Persien durch die bitteren Erfahrungen des Experiments Mossadeq davon überzeugen müssen, dass es noch für lange Zeit westlicher Hilfe und westlicher technischer Erfahrungen bedürfen wird. Mossadeq ist ja nicht zuletzt darum gescheitert, weil es sich sehr bald erwies, dass es in Persien einstweilen noch an einer genügend breiten Schicht eingeborener Techniker und Verwaltungstechniker fehlt, die instande wäre, aus eigener Kraft für eine zweckmässige Verwertung der persischen Bodenschätze zu sorgen.

Der Schah, der in den dunkelsten Stunden der Mossadeq-Revolution in Rom Zuflucht suchte und fand, empfindet besonders stark Sympathien für Italien und die Italiener. So war es nur natürlich, dass er auf der Suche nach einer politisch relativ uninteressierten und unbelasteten Macht der westlichen Welt, die seine ökonomischen Pläne unterstützen könnte, auf den Gedanken verfiel, diese Unterstützung in Italien zu suchen. Enrico Mattei, der unternehmungslustige Präsident des italienischen Staatskonzerns für Ölproduktion ENI, ergriff diese günstige Gelegenheit,

flog im Frühjahr dieses Jahres nach Teheran und schloss dort mit der persischen Regierung einen Vertrag über die Ausbeutung neuer persischer Ölvorkommen, der damals grosses internationales Aufsehen erregte.

Zum Unterschied von den Verträgen der grossen amerikanischen und englischen Ölkonzerne mit den nahöstlichen Staaten, die durchweg eine Aufteilung des erbohrten Petroleums nach dem Schlüssel von 50 : 50 % vorsehen, rief das Abkommen zwischen ENI und dem persischen Staat eine gemischte italienisch-persische Gesellschaft ins Dasein, an der Persien nur Hälfte beteiligt ist. Da diese neue Gesellschaft ihr Quotum mit dem persischen Staat die Erträge halbpakt teilt, erhält Persien somit statt der sonst üblichen 50 volle 75 % der Ölaussteuer, obwohl formell der 50%ige Aufteilungsschlüssel beibehalten worden ist.

Es war ein zufälliges, aber doch irgendwie symptomatisches Zusammentreffen, dass der Staatsbesuch Gronchis in Teheran unmittelbar auf die Ratifizierung des persisch-italienischen Erdölvertrages durch das persische Parlament gefolgt ist. Der italienische Staatschef erschien also gerade in dem Augenblick in Teheran, in dem sich eine wirtschaftliche Zusammenarbeit bedeutenden Ausmasses zwischen den beiden Ländern ankündete. Wie ein Symbol wirkte es ferner, dass am selben Tage, an dem Gronchi in Persien eintraf, eine direkte Telefonverbindung Rom-Teheran der öffentlichen Benutzung übergeben wurde.

Der Korrespondent eines römischen Wochenblattes, der sich bereits seit längerem in Teheran aufhält, will dort überdies erfahren haben, dass man am persischen Kaiserhof auch ein interessantes landwirtschaftliches Kolonisationsprojekt erwäge, das wohl ebenfalls während des Gronchi-Besuchs zur Sprache gekommen sein dürfte. Persien hat nämlich, diesem Bericht zufolge, dringend den Bedarf an westlich geschulter Siedlern und landwirtschaftlichen Arbeitern, die es verstehen, einen an sich wenig ergiebigen Boden urbar zu machen.

Da die klimatischen Verhältnisse in vielen Landstrichen Persiens denen in Italien nicht unähnlich sind, soll der Schah den Plan gefasst haben, italienische Bauern für Persien zu gewinnen und dort anzusiedeln. Für das überbevölkerte Italien böte diese neue Auswanderungsmöglichkeit viel Verlockendes, und so könnte sich in Bälde neben der zu gewärtigenden Durchdringung Persiens mit italienischen Ingenieuren auch eine landwirtschaftliche Kolonisation entwickeln, die ebenfalls der wirtschaftlichen Erschliessung des Irans und zugleich der Verbesserung der westöstlichen Beziehungen in diesem Sektor dienen würde.

Die alte Masche: Neue Versprechungen

sp- Lügen habe bekanntlich kurze Beine. Viele Empfänger von Renten stellen dies jetzt fest. Wer den Versicherungen des Bundesarbeitsministers Storch und der aus Steuernmitteln bezahlten Propagandabroschüren der Bundesregierung glaubte, sieht sich nun gründlich enttäuscht. Ein Paradestück dieser Propaganda war die Behauptung, die typische Witwenrente sei von 65,10 DM auf 157 DM erhöht worden. Die Empfänger und Leser dieser Broschüre mussten also annehmen, diese Erhöhung, weil "typisch", treffe auf die Übergrosse Mehrzahl der Witwenrentnerinnen zu. Doch weit gefehlt! Nicht einmal sechs Prozent aller Witwen kommen in den Genuss dieser erhöhten Rente. Als ebenso unhaltbar hat sich die Feststellung des Bundespressesamtes erwiesen, die Witwenrentenerhöhungen betragen im Durchschnitt 141 Prozent; dies steht mit den Erfahrungen der Rentner im klaren Widerspruch. Empfangsbestätigungen lügen nicht...

Vor und nach der Verabschiedung der nur unter dem Druck der Opposition zustandekommenen Rentenreform reiste der Bundesarbeitsminister Storch durch die Lande und verkündete, die Renten werden 50 Prozent des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes betragen. Die Landesversicherungsanstalt Hannover, der zwei Millionen Rentner unterstehen, machte sich die Mühe, die ministerielle Behauptung auf ihren Kern zu prüfen. Sie entpuppte sich als ein propagandistisches Wirbel.

Nach den einwandfreien Unterlagen dieser Anstalt erreicht die Durchschnittsrente bei den Bundesbahnarbeitern gerade 50 bis 55 Prozent ihrer Dienstbezüge, wobei es noch zu berücksichtigen gilt, dass es sich hier um eine Berufsgruppe mit kontinuierlicher Beschäftigung und dadurch bedingter festgesetzter Beitragsleistung handelt. Der gleiche Bundesminister gab den erhöhten Rentenbezug eines 67jährigen Mannes mit 257,40 DM im Vergleich zu 133,50 DM an, die er vor der Reform erhielt. Auch das trifft nicht ganz zu, denn weit über 60 Prozent aller Rentner dieser Altersgruppe sind von dieser Rentenhöhe ausgeschlossen. Noch eine andere für die Betroffenen recht unangenehme Überraschung ist zu verzeichnen: für die Rentempfänger der Altersgruppe von 55 bis 64jährigen Männern mit Ehefrau, also den Familien ohne Kinder, liegen nach den Berechnungen der Landesversicherungsanstalt Hannover die Renten unter den bisherigen Fürsorgesätzen. Die Differenz beträgt hier 22 Mark monatlich, eine Summe,

die sehr schwer wiegt. Für diese Gruppe bedeutet die "Rentenreform" den Sturz unter das Existenzminimum.

Alle diese Schönheitsflecken waren der CDU bekannt. Sie versuchte sie mit Propaganda zu verdecken. Der erwünschte Erfolg blieb jedoch aus. In unzähligen Unmutsäußerungen machte sich der Zorn der Rentner Luft. Die Postämter wissen davon ein Lied zu singen.

Natürlich blieb dies der grössten Regierungspartei nicht verborgen. Stünden nicht Wahlen vor der Tür, wäre sie darüber hinweggegangen. Aber immerhin geht es hier um einige Killionen Stimmen. Also setzte sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Krone, hin und schrieb an seinen Chef und Bundeskanzler Dr. Adenauer einen Brief, in dem er ihn darauf aufmerksam machte, dass die Rentner in vielen Fällen nicht in dem ^{in den Genuss} beabsichtigten Umfang der Rentenerhöhung kämen, ausserdem gelte es auch für eine schnelle Ausführung des sozialen Gesetzgebungswerkes zu sorgen.

Was antwortete der Bundeskanzler? Es werde im nächsten Bundestag eine "unserer dringendsten Aufgaben sein" sämtliche noch vorhandenen Unstimmigkeiten auf diesem Gebiet zu beseitigen, damit die "Rentner auch wirklich in den Genuss der Rentenerhöhung kommen". Was von Versprechungen des derzeitigen Bundeskanzlers zu halten ist, haben die Rentner zu Genüge erfahren. Vor vier Jahren versprach Adenauer den Bundesbürgern eine "umfassende Sozialreform" - was nach langen Drängen herauskam, war Stückwerk, begleitet von propagandistischem Feuerzauber. Man kann sicher sein, dass am Tage nach der Wahl diese einige Tage vor der Wahl gegebene, auf Wählerfang berechnete Zusicherung, ebenso in der Luft bleiben wird, wie Versprechungen früherer Jahre.

* * *

In letzter Minute !

sp. Wer von berufswegen die Wahlreden der Regierungspropagandisten in der letzten Woche etwas genauer beachten musste, konnte folgendes feststellen: Alle CDU-Redner, angefangen vom Bundeskanzler bis herunter zu den Dorfversammlungsrednern der vierten und fünften Garnitur, haben plötzlich entdeckt, dass in der Bundesrepublik noch vieles nachzuholen sei.

Leitstern der Aussenpolitik Adenauers muss die Entspannung zwischen Ost u West werden. Wir brauchen keine überdimensionale Aufrüstung, sondern eine technisch gut ausgerüstete und der modernen Entwicklung angepasste Arsec. Atomare Aufrüstung? - Nie gehört! Das haben wir nie gewollt! Wir sind die friedfertigste Regierung der Welt und wer uns unterstellt, dass wir jemals die "Politik der Stärke" gewollt hätten, ist ein schamloser Lügner.

Wir haben das Christentum zum Wahlkampfschlager gemacht? Allee Schwindel! Das haben die Sozialdemokraten einfach erfunden. Wenn ein "C" in unserem Parteinamen steht, dann ist das keineswegs ein Totalitätsanspruch auf christliches Handeln. Wir wollten damit nur sagen, dass wir wünschten, die Menschen mögen christlich handeln.

Dass uns die umfassende Rentenreform nicht geglückt ist, daran sind natürlich die Sozialdemokraten schuld. Die haben immer nur Nein gesagt. Aber ihr Leute, wählt uns wieder, dann werden wir im nächsten Bundestag die ganz grosse Rentenreform machen.

Das mit der verfehlten Steuerpolitik muss natürlich aufhören! Die kleinen Leute sollen endlich wissen, wofür sie arbeiten. Hätten die Sozialdemokraten nicht immer Nein gesagt, dann hätten wir auch die Steuerreform längst unter Buch und Fach gebracht.

Die Sozialdemokraten hätten eine Reihe Vorschläge für die Sozialreform und die Grosse Steuerreform gemacht? Und wir hätten diese Vorschläge abgelehnt? - Nicht möglich! Nie etwas davon gehört! Ihr Leute, ihr müsst fest daran glauben, dass wir im nächsten Bundestag das alles nachholen werden.

Lieschen Müller aus Bonn fragt sich jetzt, warum die CDU/CSU mit ihrer absoluten Mehrheit im vergangenen Bundestag nicht alle ihre schönen Pläne verwirklicht hat. Eigentlich hätte sie doch niemand daran hindern können. Sie hat ja auch die Aufrüstung durchgesetzt, obwohl die bösen Sozialdemokraten dagegen waren. Also scheint es etwas nicht zu stimmen, meint Lieschen Müller.

+ + +

Zur Beachtung!

Die nächste Ausgabe unseres Pressedienstes erscheint am Montag, dem 16. September 1957.

Verantwortlich: Günter Markscheffel